

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsbüro: Dresden, Aden & Temp. Nr. 1208.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Konstante: Adm. Rindoh, Dresden.

Abonnement: einjährlich 6,00 M., durch die Post halbjährlich 3,00 M., unter Risikoband für Deutschland monatlich 8,00 M., Ausland 10 M., Einzelnummer 30 Pf.

Schriftleitung: Weitzingplatz 10. Tel. 25261. Druck: nur montags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Weitzingplatz 10. Tel. 25261. Redaktionszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die vierseitige Normalzeile 2,00 M., Familienanzeigen 1,50 M., die halbpaltige Kleinzeile 0,50 M. Bei mehrmaliger Wochenausgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an sonntäglichen Tagen. Für Kleinanzeigen 40 Pf.

Nr. 161

Dresden, Mittwoch den 13. Juli 1921

32. Jahrg.

## Schiffer gegen Briand

Eigene Traktatredaktion unter Berliner Schriftleitung  
Berlin, 13. Juli. Reichsjustizminister Schiffer hatte Ermangelung der Zweckmäßigkeit des Reichstages die Schiffer der deutschen Rechte, eine Anzahl ausländischer Journalisten und Parlamentarier zu einer Besprechung eingeladen, in der in einer formulierten Erklärung den Standpunkt der Reichsregierung gegenüber den Verhandlungen Briands über die Weizsäcker-Prozesse darlegte. Er führte aus:  
Die Weizsäcker-Prozesse sind in ganz auffälliger Weise schärfste Vorfälle, die gegen die deutsche Neutralität, die deutsche Souveränität und die deutsche Ehre verübt worden sind. Sie sind nicht nur ein Verstoß gegen die Völkerrechte, sondern auch ein Verstoß gegen die Gerechtigkeit. Die Weizsäcker-Prozesse sind ein Verstoß gegen die Gerechtigkeit, die die Welt nicht dulden kann. Die Weizsäcker-Prozesse sind ein Verstoß gegen die Gerechtigkeit, die die Welt nicht dulden kann. Die Weizsäcker-Prozesse sind ein Verstoß gegen die Gerechtigkeit, die die Welt nicht dulden kann.

er im einzelnen angibt, in welchen Punkten die getroffenen Entscheidungen irrig sein sollen. Aber denken, die sie erlassen haben, das obliche Streben nach Gerechtigkeit auszusprechen, dazu hat er kein Recht. Die Unparteilichkeit, Unabhängigkeit und strenge Neutralität der deutschen Rechtsprechung, das Ergebnis einer jahrhundertelangen Rechtsentwicklung ist in der Welt anerkannt und ihr Ruf wird durch die von der Presse mitgeteilten Aussagen von französischen und belgischen Journalisten und belgischen Abgeordneten nicht erschüttert werden.  
Nur in einer Beziehung mag man die Weizsäcker-Prozesse als ein Theaterrückstück, freilich nicht für eine Komödie, sondern als ein Tragödie bezeichnen dürfen. Nämlich insofern, als Deutschland allein seine Kriegsverbrechen vor dem Weltgericht nicht verantworten kann und sich nicht einmal auf die in der Welt anerkannten Prinzipien des Völkerrechts berufen kann, sondern seinen Verbrechen den Vorwand der Notwendigkeit der Selbstverteidigung entgegenhält. Dem kann man nur entgegenhalten, dass die Weizsäcker-Prozesse ein Verstoß gegen die Gerechtigkeit sind, die die Welt nicht dulden kann.

## Edle Wünsche

Wenigstens ein Teil der Weizsäcker-Prozesse ist ein Verstoß gegen die Gerechtigkeit, die die Welt nicht dulden kann. Die Weizsäcker-Prozesse sind ein Verstoß gegen die Gerechtigkeit, die die Welt nicht dulden kann. Die Weizsäcker-Prozesse sind ein Verstoß gegen die Gerechtigkeit, die die Welt nicht dulden kann.

Es ist selbstverständlich, dass unsere Reaktionen auf einen Zusammenbruch des Kabinetts Briand hinwirken. Die Weizsäcker-Prozesse sind ein Verstoß gegen die Gerechtigkeit, die die Welt nicht dulden kann. Die Weizsäcker-Prozesse sind ein Verstoß gegen die Gerechtigkeit, die die Welt nicht dulden kann.

## Internationaler Frauenkongress

Wien, 12. Juli. In der heutigen Sitzung erklärte Frau Dammann, München, den Bericht für Deutschland. Sie führte unter anderem aus, die junge Regierung Briand sei durch den internationalen Frauenkongress unterstützt und der Sozialismus zu bekämpfen. Anders sei die Lage in den einzelnen Ländern, z. B. in Spanien, wo der Sozialismus bereits die Herrschaft erlangt hat. In der zweiten Überlegung des Frauenkongresses kam der Gedanke zum Ausdruck, dass die Weizsäcker-Prozesse ein Verstoß gegen die Gerechtigkeit sind, die die Welt nicht dulden kann.

## Die Abrüstungskonferenz in Washington

London, 13. Juli. Der Beginn der Washingtoner Konferenz wird für den Herbst erwartet. Man nimmt an, dass außer Lord George und Lord Curzon auch der russische Minister Lord Ker, der amerikanische Minister Hughes, der japanische Minister Tanaka und der schwedische Minister Wilson an der Konferenz teilnehmen werden. Offiziell wird gemeldet, dass Japans Beteiligung an der Konferenz sehr wahrscheinlich ist.  
Einem Telegramm aus Washington zufolge hat Japan die Einladung zur Konferenz angenommen. Es heißt, dass Lord George die Konferenz nicht persönlich besuchen möchte, sondern sich durch Staatssekretär Hughes vertreten lassen werde. Der Bericht behauptet, dass auch Deutschland und Frankreich an der Konferenz eingeladen werden sollen.  
Am 13. Juli. Das Komitee des Kongresses hat seinen amerikanischen Gesandten ernannt. Die französische Regierung hat die Einladung zur Konferenz in Washington angenommen. Briand erklärte gestern in der Kammer über die Konferenz in der Abstraktion, Frankreich wird von der Einladung der Vereinigten Staaten dankbar Gebrauch machen, um seine Neigung zum Weltfrieden zu zeigen, die schwere Belastung, darunter die Völker leiden, zu beenden und Frankreich den dauernden Frieden zu schaffen.  
Aus gut informierten Kreisen in Paris erfährt man, dass die Abrüstungskonferenz ein sehr bedeutendes Programm haben wird, damit alle Punkte weitläufig besprochen werden können. Wie verlautet, wird Präsident Harding die Eröffnungsrede halten. Er wird dann die Leitung der Verhandlungen, an denen es weiterhin nicht mehr persönlich teilnehmen wird, an Hughes überlassen, dem wahrscheinlich Obad aus Seite helfen wird. Die Mitglieder des amerikanischen Kongresses haben nahezu einstimmig ihre Zustimmung zu der Initiative des Präsidenten Harding ausgedrückt.

## Fortschritt der Reparationsverhandlungen

Paris, 12. Juli. Wie die Gazette des Débats meldet, seien die deutschen und die französischen Sachverständigen gestern nachmittags im Ministerium des Reichers unter dem Vorsitz Paul Doumer zusammengekommen. Guggenheimer betonte die Antwort der deutschen Regierung auf die französischen Vorläufe der Reparationsverhandlungen zur Kenntnis, insbesondere betreffs der Vorkommnisse, die auf die deutsche Schuld während einer gewissen Periode anerkannt werden sollen. Die Modalitäten der Ausführung des Programms werden im Laufe von weiteren Unterredungen zwischen den Sachverständigen beider Länder festgelegt werden. Die Unterredungen über den Sachverhalt, wie der Doumerbericht sagt, zu einem günstigen Ergebnis gelangen zu sollen. Die Verhandlungen haben heute nachmittags mit der Besichtigung der Ausstellung begonnen. Dieser Besichtigung waren die französischen Sachverständigen Doumer, Guggenheimer und Verrill anwesend, die auch schon an früheren Sitzungen teilgenommen haben. Die deutschen Vertreter brachten den Wunsch der Berliner Regierung zum Ausdruck, rasch zu einer Regelung der Frage der Reparationen in natura zu gelangen. Doumer erklärte, er teile diesen Standpunkt, die deutschen Sachverständigen aber erst geprüft werden, werden sich direkt mit den deutschen Sachverständigen, jeder über ein bestimmtes Thema, beraten. Eine Fortsetzung wird wahrscheinlich am Mittwoch stattfinden.

## Holländer gegen die schwarze Schmach

Eigene Traktatredaktion  
Amsterdam, 12. Juli. Dort Allg. Handelsbl. bildet sich in Dordrecht eine vorbereitende Kommission, die sich zur Aufgabe macht, in allen Städten Komitees zu bilden, um gegen die Forderung des Reiches durch Minister Tanaka Einspruch zu erheben. Die, wie ein Rundschreiben der Kommission erklärt, eine Mission gegenüber unteren Mächten und ein Gebot unter Kultur ist. Die Tat der Franzosen übertrifft an Grausamkeit alles, was die Weltgeschichte kennt. Dadurch, dass wir unseren Einspruch erklären, so erklärt die vorbereitende Kommission, verzichten wir unsere Kultur nicht. Die nicht nur Tausende von Frauen und Kindern der holländischen Bevölkerung durch arabischen Krieg entsetzt, sondern auch in weiten Teilen Europas vor neuem Hungertod, neuen Not und neuem Unheil bedroht ist.

## Der nahe Orient

London, 12. Juli. Die Presse betont die türkische Bedeutung von Harding's Einladung zu einer Konferenz zur Vermeidung der Abrüstungs- und pazifistischen Fragen. Harding beabsichtigt eine allgemeine Aussprache unter den Ministern verschiedener Nationen über die Abrüstung als die Voraussetzung der dauerhaften Weltfriedens. Die türkische Presse hat die Einladung der Vereinigten Staaten dankbar Gebrauch gemacht, um seine Neigung zum Weltfrieden zu zeigen, die schwere Belastung, darunter die Völker leiden, zu beenden und Frankreich den dauernden Frieden zu schaffen.

Unter den heutigen Verhältnissen liegt es im Interesse des deutschen Volkes, dass die Sozialdemokratie an der Regierung beteiligt bleibt, und es ist selbstverständlich, dass wir, so lange eine bürgerlich-sozialistische Koalitionsregierung am Ruder ist, auf die Erfüllung vieler unserer Wünsche verzichten müssen. Aber bei einer Koalition müssen alle Parteien zugunsten der Sozialdemokratie stehen, nicht etwa die Sozialdemokratie. So, wie es sich z. B. der demokratische Abg. Wilmanns denkt, der im Berliner Tageblatt einen Angriff mit der Überschrift 'An die Richter der Deutschen Demokratischen Partei' veröffentlicht hat, geht es nicht. Der Herr Wilmanns verlässt sich auf die Sozialdemokratie, die Hauptaufgabe der Sozialdemokratie ist es, die Sozialdemokratie zu sein.

Die Behauptung, die Herr Wilmanns aufstellt, wird er kaum beweisen können. Nichts anderes, das heute viele Staats- und Gemeindebetriebe ausfüllen, aber das liegt weit davon, dass diese Betriebe, wie z. B. die Eisenbahn, während des Krieges vollständig unter dem Einfluss der Sozialdemokratie standen und sozialpolitischen Aufgaben die Fülle ist, ihre Leistungen nicht in dem Maße erhöht haben, wie dies der Regierung ihrer Unkosten entrichten würde.

Ein Beweis dafür, dass alle sozialistischen Betriebe ausfüllen, wird durch die schärfsten Ergebnisse anderer Staats- und Gemeindebetriebe nicht im geringsten erhöht. Bei aller Sozialdemokratie kommt es freilich sehr darauf an, wie sozialisiert wird. Auch heute haben durchaus nicht alle sozialistischen Betriebe soziale Ergebnisse. Die dem preussischen Staat gehörende Eisenbahn-Betriebs-Gesellschaft hat dem preussischen Staat eine unabhängige Leistung gebracht. Die Albedy-Klein-Gesellschaft für untere Erziehung von so großer Bedeutung ist, und an der das deutsche Reich beteiligt ist, hat eine Leistung von 10 Prozent erzielt. Die Ergebnisse dieses Betriebes brauchen doch nicht schlechter zu sein, wenn das deutsche Reich nicht nur einen Teil, sondern das ganze Aktienkapital im Besitz hätte.

In Wirklichkeit wehren sich Herr Wilmanns und seine Freunde gegen die Sozialisierung nicht, weil sie die Rechte der sozialisierten Betriebe fürchten, sondern weil sie davon Angst haben, dass durch die Tätigkeit der sozialisierten Betriebe das Gebiet beschränkt wird, auf dem der Profit freibewegende kapitalistische Unternehmer sich tummeln kann.

Die Sozialdemokratie wünscht natürlich, dass jede Sozialisierungsmaßnahme vorher gewissenhaft überlegt wird. Aber das von Herrn Wilmanns gewünschte Staatsverbot wird und kann es nicht werden, sonst würde die Welt nicht stehen. Am liebsten würde weiter nach dem Kampf für die Sozialisierung des Reiches gehen und andere Wirtschaftswirtschaften, die den Reichsminister für die Sozialisierung in besonderem Maße gegenüber sind, mit aller Gewalt in die Sozialisierung der bürgerlichen Parteien, die bei Koalitionen ange-

Dresdner Volkszeitung

Freitag den 18. Juli 1914

Der Kampf um Stegerwald

Einem weiteren Schritt entgegen war folgende: Am vergangenen Sonntag hat eine große politische Kundgebung über das nächste Stegerwald begonnen. Eine Reihe von parlamentarischen Redatoren haben die sozialistischen Parteien in der Sache der Stegerwald-Frage unterstützt. Die sozialistischen Parteien haben die Forderung der Stegerwald-Frage in der Sache der Stegerwald-Frage unterstützt.

Die Dürre in Rußland

Die sozialistischen Parteien haben die Forderung der Stegerwald-Frage in der Sache der Stegerwald-Frage unterstützt. Die sozialistischen Parteien haben die Forderung der Stegerwald-Frage in der Sache der Stegerwald-Frage unterstützt.

Scharfmacher Lesefreie

Paris, 12. Juli. Der frühere Kriegsminister Lesoffre erklärte in der Kammer, Frankreich müsse eine internationale Politik betreiben und das Verhältnis zu den Alliierten aufrechterhalten. Das deutsche Reich müsse die Verantwortung für den Krieg übernehmen.

Aus Kapps Heimat

Die Entschärfung der Krise und Herbeiführung der Sozialdemokratie ist die Aufgabe der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie ist die Aufgabe der Sozialdemokratie.

Leben • Wissen • Kunst

Musikfest der Dresdner Kunstgenossenschaft, Brühlsche Terrasse. Die Musikfest der Dresdner Kunstgenossenschaft, Brühlsche Terrasse.

Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe der Sozialdemokratie.

Der zweite... Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe der Sozialdemokratie.







Die Berufstätigkeit des Arbeitministers

Über die letzten von uns erwähnten Angelegenheiten wird nach den Nachrichten der Staatskanzlei folgende Nachricht verbreitet: In der Presse wird unterteilt...

Die Beamtenvertretung in Sachsen

Der Reichstag hat in der Frage der Beamtenvertretung im allgemeinen dem Reichsamt für Arbeit...

Klein-Kochrichten aus dem Lande. Durch das künftige vom Bund...

Stadt-Chronik

Man und Frau fangen auf dem Chaiselongue. Der Mann ist am Ende. Die Frau wird von Gollwummen umfangen...

Das kleine Amisblättchen

In Blätter 11 erscheint ein Blättchen, das anfangs von Karl...

Eine ganz besondere Stellung auf diesem Gebiete ist ein Artikel über...

Die wollen demgegenüber das Bild. Tabl. das jeden Tag...

Die am liebsten den freilebenden Gewerbetreibenden Bildkraft...

Tätigkeitsbericht des Wohnungsamtes im April

Table with 4 columns: Anzahl der angemeldeten Wohnungen, bis Ende März 1921, bis Ende April 1921, Junge im April. Rows include 1-Zimmer, 2-Zimmer, 3-Zimmer, 4-6 Zimmer, n. m., and totals.

Demgegenüber eingelaufene Anträge auf Zuerkennung einer Wohnung...

Wahl der zugewiesenen und nachweislich bezogenen Wohnungen im Laufe des Monats...

Die 18 Familienstellen wurde im März 1921 mit dem...

Bei der Zuerkennung der Wohnungen wurden 214 Fälle...

Die 18 Familienstellen wurde im März 1921 mit dem...

Die 18 Familienstellen wurde im März 1921 mit dem...

Eine Diebstahl- und Fehlerbande

Vor der 6. Strafkammer hatten sich zu verantworten der...

Zur Klage kamen folgende Fälle: Der Diebstahl eines...

Eine Anzahl der Angeklagten befand sich schon seit Juli und...

Kulturarbeit der Kirche: Ein Beispiel christlicher Arbeit...

Der Katholikverein Dresden-Vest hat, wie bekannt, im...

Wahlzettelwahl brachte den 24jährigen Arbeiter...

Die Dresdener Jungfernerziehung und der Reichs...

Reife Zahlwaffen zu 50 Pf. Nachdem die Städtische...

Stellenvermittlungsschmelze. In Rettungsanstalten...

Die Kriegsbildnisse und Hinterbliebenen. Durch das...

Das erste Kapitel zum Teufelbau. Die im...

Tempferfaktien auf der Höhe. Auf den Vertriebsstellen...

Rehrerhandelsverträge. Die Rehrerhandelsverträge...

Die Rehrerhandelsverträge. Die Rehrerhandelsverträge...

Mittwoch... Die S... Fast ge... am 11... nur die... der Verb... die Ver... die Ver... Die S... Fast ge... am 11... nur die... der Verb... die Ver... die Ver... Die S...

Neuen Reparaturwerkstätten und durch Schaffung eines neuen Zentralbetriebs bessere und billigeren Arbeit liefern und jede ungenutzte Arbeit beseitigen will, bricht nun mit einem Jahr, das in der Betriebsausbildung neue Wege in fortgeschrittenen Kreisen beschritten. Ihr Jahresabschluss bilanziert mit 25 118 24. Das erzielte Ergebnis beträgt 9188 24, zurückgelegt sind 2240 24. Einmalig sind 16 Genossen. Die Kassenkasse beträgt 16 000 24. Das Ergebnis findet nicht für die Mitglieder Verwendung, sondern für die Kassenkasse.

**Notung, sozialistische Elternräte:** Der Kirchenvorstand einer hiesigen Kirchengemeinde versendet an die in seinem Bezirk lebenden sozialistischen Elternräte eine Einladung zu einer gemeinsamen Sitzung mit dem Kirchenvorstand. Als Grund der Zusammenkunft wird angegeben: Gemeinsame Beratung über die neue Ausschreibung über die Schulfächer. Die sozialistische Elternräte haben wir aber unter keinen Umständen ein Bedürfnis, uns mit dem Kirchenvorstand irgendeiner Kirche zu beschäftigen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß man überflüssig dort, wo die Vertreter der weltlichen Schule in der Handhabung, ähnliche Versuche unternimmt. Allen Vertretern der weltlichen Schule in den Elternräten wird deshalb geraten, allen derartigen Einladungen nicht zu folgen. Wer vor den Elternräten mit so viel Beschränkungen und Unannehmlichkeiten beauftragt hat, wie die Kirche, der darf sich nicht wundern, daß er keine eine Abgabe erhält. Wir haben grundsätzlich nichts mit der Kirche in Schulfächern zu tun.

**Der Preiselbinderberuf:** Der Preiselbinderberuf, gegründet im Jahre 1888, konnte anlässlich des 33-jährigen Bestehens am 7. Juli sein dreißigjähriges Sommerfest mit rund 100 Kindern begehen. Trotzdem das Fest nicht von einem Himmel und wolkenloser Sonne begünstigt war, hatten sich Eltern und Anwesende zahlreich eingefunden, sich Zeit und Mühe nehmend, am Kinderfest und Kinderfeste mit zuzuwachen, gegenwärtig freudig bester. Kommt, laßt und unsern Kindern laßt. Die Kinder schielten Rufen und Rufen. Als ich das Fest aufgeführt hatte, fanden im Garten außerdem Spiele, Veranstaltungen und Gabenverteilung statt. Eine Sondergilde vom Verein Deutsche Arbeitervereine ermöglichte es, den Kindern noch ein Präsent zu reichen. Nach den Klängen eines Marsches kam noch ein Festzug und ein Festzug und betrieblig verließen alle die Halle der freien Arbeiter.

**Gefährlicher Einbrecher:** Der 30-jährige, schon erheblich vorgeschaltete Lechner Emil Karl Schulz aus Teplitz wurde im September 1919 wegen schwerer Diebstähle vom Landesgericht Riga zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt und in der Anstalt zu Landsberg untergebracht. Dort gelang es ihm, am 7. Oktober 1920 zu entweichen und er beging in Dresden mit seiner Anwesenheit. Er lebte er anfangs nur von Diebstahlschüssen, die er sich auch im schweren Diebstahl wieder zuzuwachte. Von Mitte Dezember bis Anfang Januar verlebte er sich mit dem 17-jährigen Schuhmacher Augustus fünf Einbrüche in Striesen und Längend, wobei die beiden Diebe über 50 000 24 erbeuteten. Er ist wegen seiner Verurteilung schon früher zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden, da er sich fünfmal damals noch unbeschadet hat. Er wurde er zu einer Gesamtstrafe von sieben Jahren in Landsberg verurteilt, von dieser Strafe ist die bereits in Landsberg verbüßte Zeit abgezogen.

**Unbekannter Täter:** Am Ritterquai der Polenz bei Dresden ist am 9. Juli ein unbekannter Mann erhängt aufgehängt worden. Er wird geschätzt als etwa 35 Jahre alt, 170 cm groß, hat graue Haare, schwarzes Haar und an der rechten Hand vernarbte Schussverletzung. Die Kleidung besteht aus grünem Rock und Hose, blauer Weste, Schafwollhemd, Hemd des E. P. Sächsischen Mittelstandes über die Verhältnisse des Unbekannten werden an die Vermittlungsstelle des Polizeipräsidiums Dresden, Schulstraße 7, 2. Et., Zimmer 120, gemeldet, wobei auch in Kürze das Bild des Toten ausliegen wird.

**Verurteilte Nachzügler:** Eine Missetäterin, in der Berliner Strafkolonie Nr. 10, die sich auf einem von der Vogelweide herbeiführenden Holzweg befand, wurde am Montag mittags beim Gehen gefasst, als die Leuchte an der Seite des Zerkleinerers und die Bergstraße in die Richtung mit der Chefsleitung im Schwanken geraten war. Die verurteilte Frau wurde mit Unfallschaden festgenommen. — Von der Elbe festgenommen wurde am Montag, nachmittags gegen 4 Uhr, ebenfalls der Friedrich-August-Brücke die hiesige Tochter einer am See wohnhaften Arbeiterfamilie. Das Kind war bereits durch die Brücke getrieben worden, konnte aber von einem Begleiter gerettet werden. — Einigen Verurteilten erliegen in der in der Friedrichstraße wohnhaft wohnende Arbeiterin Frau A., dem bei dem Verurteilungslad im Zerkleinerer der Expeditionstheater Straße am 25. Mai durch umherliegende Müllteile ein Bein weggerissen worden war.

### Aus dem Parteilieben

#### 6. Kreis

**Bezirk Striesen, Pleißenseite, Talsperre, Freitag den 15. Juli, abends 7 1/2 Uhr.** Mitgliederversammlung im Saal des Carl-Neubaus, Genosse V. Richter referiert über die Landeskonferenz in Leipzig. Außerdem sind noch andere wichtige Angelegenheiten zu besprechen. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

**Gruppe Naußitz, Freitag den 15. Juli, abends pünktlich 7 Uhr.** im Restaurant Elbital Mitgliederversammlung. Genosse Lehner referiert über das Thema: Das kommende Reichstagsgesetz. Außerdem liegen wichtige Parteiangelegenheiten mit zur Beratung.

**Bezirk Striesen, Pleißenseite, Freitag den 15. Juli, abends 7 1/2 Uhr.** Mitgliederversammlung im Garten der Elbera auf dem Carl-Neubau. Es ist eine Reihe politischer Vorträge für Erwachsene und Kinder vorgesehen. Wir bitten die Parteimitglieder, recht zahlreich zu erscheinen.

**Kinderkassenkommission 6. Unterbezirk, Kötzschau, Donnerstag den 14. Juli.** Sitzung im Jugendheim, Vorträge 16. Fragebogen sind mitzubringen. — Striesen, Bruns, Pleißenseite, Spielmannsverein in die Halle, Treffpunkt Schützenplatz, 7 1/2 Uhr.

**Kinderkassenkommission Gruppe Kötzschau, Naußitz, Vlanen, Donnerstag Spangergang, Straßen 2 Uhr am Friedhof, Topf und 15 1/2 Uhr im Saal.**

**Kinderkassenkommission Gruppe Kötzschau, Naußitz, Vlanen, Donnerstag Spangergang, Straßen 2 Uhr am Friedhof, Topf und 15 1/2 Uhr im Saal.**

**Gruppe Kötzschau.** In der Mitgliederversammlung am Montag referierte Genosse Rüttlich über Volkswirtschaftliche Gefahren. In seinen treffenden Ausführungen brachte er die Zwangswirtschaft und den Übergang zur sogenannten freien Wirtschaft. Als Beispiel des schädlichen Landespreissystems führte er Beispiele aus allen Gebieten des Wirtschaftslebens an, wie und wo die Preissteigerung auftritt. Nicht Preissteigerung, sondern Gewinnabschau müsse getrieben werden. Darauf gab Genosse Rüttlich den Reichsfinanzministerbericht und war an den gegebenen Zahlen eine erschütternde Kaufkraftverminderung unserer Partei zu sehen. Begrüßt wurde die Annahme des von Kötzschau gestellten Antrages, pro Mitglied und Jahr 1 Mark Entschädigung zur Erhaltung des Jugendkassenstatus zu erheben. — Auf das am 24. Juli in der Rutenstraße stehende Sommerfest wird nochmals aufmerksam gemacht.

**Bezirk Naußitz.** In der am 11. Juli stattgefundenen Mitgliederversammlung gab zunächst Genosse Paul Richter einen gedrängten Bericht über die Bezirkskonferenz und die Verhandlungen des Leipziger Landesparteitages. — Für den Parteitag in Leipzig wurde Genosse Paul Richter einstimmig als Delegierter vorgeschlagen. — Für Mitte August ist ein Sommerfest geplant; die Vorbereitungen werden einer Kommission überlassen. — Weiter land noch eine Aussprache über Straßenbahn und Straßenbahnverhältnisse statt. Der Besuch hätte ein besserer sein können, und hoffen wir in Zukunft auf reiche Teilnahme.

wohnte. Die Frauen fast aller Parteien sprachen für den Antrag, außer Frau Schmitz vom Zentrum. Der Antrag ging durch, und seine Niederschreibung in verschiedenen Fällen gab neuerdings im Reichstag Anlaß zu Debatten.

Am Abends „Bildung und Schule“ war Genossin Hülf Referententatterin. Sie begrüßte den Gedanken der Einheitschule, weil sie uns die Bildungsdemokratie bringt. Es wäre gefährlich, politische und soziale Demokratie ohne den Grundpfeiler dazu, die Bildungsdemokratie, zu geben. Genossin Bloß meinte bei diesem Abends darauf hin, daß das mit dem Zentrum eingegangene Schulabkommen „richtig verstanden und richtig ausgelegt, höchste Toleranz im besten Sinne des Wortes“ bedeutet, und zwar darin, daß dem Lehrer und Erziehungsberufenen Freiheit gegeben ist.

Bei der dritten Lesung der Verfassung wandte sich Genossin Bohm-Schuch gegen die Unterscheidung von ehelicher und unehelicher Mutterschaft. Man dürfe keinen Unterschied bestehen bei diesen Geschlechtern und Geschlechtern, was überhaupt eine Frau erleben könne.

Zu dem Gegenstand über die Reichswoche diente nach Genossin Schroeder das Wort und gab eine Reihe wertvoller Anregungen, so daß die Wochenhilfe auf mindestens zehn Wochen ausgedehnt ist, daß ein Beitrag von 50 24 zu den Entbindungskosten festzusetzen ist und ein Beitrag zu den Hebammen- und Arztkosten im Falle von Muttersterben zu leisten.

Einheitlicher Frauenmüll, d. h. gemeinsamer Protest der weiblichen Abgeordneten erhob sich, als man im Reichstagsrat die Schulpflicht vor Ausübung wegen der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Geschlecht von Seiten verschiedener männlicher Abgeordneter strikt wahren wollte. Hier wählten die Frauen ihren Willen, zum Teil gegen die Männer, durch. Der Tag ist in das Gesetz aufgenommen. Dagegen konnten die Frauen nur eine Erklärung dazu abgeben, daß die Kinderbetreuung der beamteten Frau in dem Beamtenbefreiungsgesetz durch gezielte Neuordnung befristet werden müsse.

Genossin Reiche meinte, daß die Rente der Kriegsgeldbesitzigen nicht schematisch festgelegt wurde, sondern die jeweiligen Verhältnisse sollten ausschlaggebend sein für die Höhe der Rente. Das gleiche System müßte für die Unternehmernormierung. Andernfalls müßte die Grundrente wesentlich erhöht und durch eine Zulageerhöhung ersetzt werden.

Genossin Hollmann forderte als Referententatterin des Ausschusses für Volkswirtschaft vom Reichswirtschaftsministerium, Welt- und sonstige Wälder aus freierwerbenden Staatsbesitz münderbemittelten Arbeiterinnen zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung zu stellen.

Feiner erwiderte Genossin Reiche die Regierung, gegen den Goldwucher gezielte Maßnahmen zu schaffen oder andere Programme zu ergreifen.

Wichtig war die Anfrage der Genossinnen Hülf und Schroeder über die vermehrte Tauglingssterblichkeit. Sie verlangten zur Beseitigung der Not bei unzureichender Milchlieferung die Bereitstellung von Anbindemitteln.

Genossin Grünberg verlangte für die Hausangehörigen die gezielte Regelung des Hausangehörigenrechts. Die Genossinnen Luge und Hülf verlangten eine weitgehendere Erfassung der Kriegsgewinne. Weiter wurden ihre Anträge nicht angenommen.

Bei der Frage der Jugendpflege wählte Genossin Hülf, daß bei dem neuen Jugendwohlfahrtsgesetz schon bei der Ausarbeitung die besten und einflussreichsten Fachleute zugezogen werden, auch Frauen, die die sozialen Räte der proletarischen Familie nicht nur aus der Theorie kennen.

Genossin Schroeder besprach die Kassennot und ihre Folgen. Während soziale Einrichtungen, Krankenkassen usw., schließen müssen, stehen die Kassen und Vermögensverhältnisse in voller Blüte.

Zur Ernährungsdebatte sprach Genossin Rodahl. Sie widersprach der Behauptung, daß neben dem frühzeitig eingetretenen Prolet der Arbeitermangel schuld sei, daß noch Kartoffeln im Boden wären. Es brauche kein Arbeitermangel zu bestehen, wenn die Landwirte nicht die höchsten Ernterent abliehen würden.

Genossin Hülf begrüßte warm die Einführung der Grundschule, hatte ihren Aufbau aber durch vier Jahre hinaus gemüht. Sie glaubte, eine Erweiterung auf sechs Jahre würde über eine Mehrheit im deutschen Volk finden. Sie selbst würde für acht Jahre eintreten.

Am vorletzten Tag der Nationalversammlung begründete Genossin Köhl noch sehr warm die Interpellation aller Frauen mit Ausnahme der U. S. V. gegen die schwarze Schmach.

Aus der letzten Uebersicht der Broschüre von Regina Deulich Die politische Lot der Frau entnommen, zeigt sich, was unsere Genossinnen als soziale Angelegenheiten geleitet und erreicht haben. In der Broschüre Frauenstimmen, im Vorwärts-Verlag erschienen, behandelt jede noch eingehend ein sie besonders beschäftigendes Gebiet.

Die Hauptarbeit wurde natürlich in den Ausschüssen geleistet. Viel Hoffnung, viel Freude an der Mitarbeit wurde unter Frauen vernichtet durch den Trud, unter dem Deutschland schmachte. Das darf ihnen den Mut nicht nehmen, weiter mitzuarbeiten am Wiederaufbau. Sie dürfen sie berufen, daß neue Rechte neue Pflichten bringen.

### Gewerkschaftsbewegung

#### Ausnahmestellung des Arbeitgebers nach § 71 des Betriebsrätegesetzes

Trotzdem ich in vielen Fällen die Schlichtungsausschüsse und die Behörden, denen die Aufgaben der Betriebsräte übertragen sind, entziehen haben, daß der Arbeitgeber verpflichtet ist, dem Betriebsrat Auskunft über alle im Betriebsrat und die Tätigkeit des Arbeitnehmers betreuenden Betriebsangelegenheiten zu geben und die Betriebsräte sowie die zur Durchführung von Betriebsräten notwendigen erforderlichen Unterlagen vorzulegen, gibt es immer noch eine Anzahl Arbeiter, die dieser Verpflichtung sehr geringe Beachtung entgegenbringen.

So hat sich neuerdings erst wieder der Stadtrat in Rönning in seiner Eigenschaft als Bezirks-Vollstreckungsamt mit einer Angelegenheit, die der Stadtrat der Frau Deimann u. Co. gegen den Arbeitgeber angeht, befaßt. In der Entscheidung des Stadtrates wird gesagt, daß der Arbeitgeber verpflichtet ist, dem Betriebsrat die Lohnbücher und die Gehaltslisten vorzulegen; die letzten aber nur, soweit die Verlegung zur Durchführung der bestehenden Tarifverträge notwendig ist. Außerdem ist der Arbeitgeber verpflichtet, bei der vierteljährlichen Berichterstattung im besonderen Ausmaß über folgende Fragen zu geben: Die Entwicklung der Produktion, die Lage und Verhältnisse der Betriebsstätte, die Kosten und Umsätze des Betriebes und Umlaufes, die auszuübende und die für die Zukunft sich ergebende Arbeitsmöglichkeiten und die Werte des sonstigen Vermögens. Daraus geht hervor, daß die Arbeiter sich nicht damit begnügen können, wenn sie die Berichterstattung auf allgemeine Redensarten beschränken.

## Die Leistungen unsrer weiblichen Abgeordneten

Von Anna Bloß

Fast gegen ihren Willen erhielten die meisten deutschen Frauen am 4. November 1918 das Wahlrecht. Als Partei für die Sozialdemokratie die Forderung des Frauenwahlrechts in ihrem Programm. Die rechts orientierten Frauenverbände hatten sich entschieden dagegen ausgesprochen. Der Verein Frauenstimmen, in dem die bürgerlichen Frauen um ihre politische Freiheit kämpften, zählt verhältnismäßig wenig Mitglieder. Trotzdem war am ersten Wahltag die Beteiligung der Frauen aller Kreise sehr groß. Heute ist das Interesse dafür wieder abgeklaut. Die Frauen hatten die Erwartung von ihrer Beteiligung an der Politik. Sie hofften, daß die Frauen zu einer Zeit in das Parlament kämen, als Deutschland unter dem Trud des Weltkrieges, der eine Fortsetzung des Krieges, nur ohne Waffen hatte, litt, daß es nachher unter dem Trud der schweren Forderungen des Versailler Friedensvertrages stand und daß gerade dadurch aller Aufbau, an dem die Frauen doch mitarbeiten wollten, fast illusorisch war.

Die Zahl der weiblichen Abgeordneten im neuen deutschen Parlament war nur Klein. Sie betrug 41 oder 423 Abgeordnete. Diese fühlten sich aber keineswegs ausschließlich als Vertreterinnen der Fraueninteressen, sondern sie trugen sich der Nation ein, in die ihre Wahlberechtigung hatten. Nur wo die Interessen der weiblichen Menschen ihnen gefährdet erschienen, betonten sie ihr Frauenantum. Zweifelloß hat es überall unpatribisch gewirkt, daß die Frau Rednerin im deutschen Parlament, unsre Genossin Bloß, die Stellung der Frau als Abgeordnete folgendermaßen schilderte: volle Gleichberechtigung, Mitarbeit auf allen Breiten des öffentlichen Lebens, Auswirkung aller in ihr lebenden Kräfte, aber daneben „andersgeartete Menschen“. Sie betonte, daß die Frauen auch als Abgeordnete ihre Frauenart nicht verleugnen wollten. Das waren die ersten Worte, die sie in einem deutschen Parlament von einer Frau gesprochen worden sind, und die sie sprach, war die Vertreterin der stärksten Partei der Nationalversammlung, und was sie sagte, ist das Zusammenwirken der weiblichen und männlichen Menschen im wirklichen Volkstum, der alle Mitglieder zu schweigen, wenn auch nicht gleichzeitiger Arbeit betonen, dabei auch allen Gliedern dieses Volkes volle Gleichberechtigung gebührt.

Bei der Schaffung der Verfassung waren neben Genossin Judasch besonders die Genossinnen Hülf, Luge u. a. Die soll nun kurz die Parlamentsarbeit unsrer Genossinnen behandelt werden. Bei dem Hauptteil der Verfassung „Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen“ betonte Genossin Hülf die Bedeutung des Wortes „grundrechtlich“ in dem Verordnungen „Männer und Frauen haben unabhängig dieselben Rechte und Pflichten“. Leider ging ihr Antrag nicht durch. Auch nicht der der Genossin Judasch zum gleichen Vorzagen: „Männer und Frauen haben dieselben bürgerlichen Rechte“ mit dem Zusatz „Die Bestimmungen des öffentlichen und bürgerlichen Rechts sind entsprechend zu gestalten“. Die demokratischen Frauen stimmten im Gegensatz zu ihrer Fraktion für den Antrag Judasch. Die meisten Frauen stimmten dagegen oder „schieden“.

Bei dem Antrag Jacy, alle Ausnahmestellung gegen die konstituierten aufzuheben, protestierte Genossin Bloß gegen

den Ton, in dem verschiedene männliche Abgeordnete diese wichtige Frage behandelten und wünschte eine gezielte Regelung der Prostitutionsfrage, aber keine besonderen Verfassungsparagraphen.

Bei der Forderung der Abschaffung der Todesstrafe sprach Genossin Hülf sehr warm dafür, daß nicht Vergeltung, sondern Erziehung vom modernen Rechtsstandpunkt aus das Wesentliche sein müsse. Als ihr vorgeworfen wurde, sie könne keine große kriminalistische Erziehung gemacht haben, wies sie darauf hin, daß sie als Frau seit 20 Jahren mit wachsendem Schmerzlichen Erfahrungen gelebt, wie wenig die Besserdienst getan habe, prophatisch einzuwirken, den Verurteilten vor der Schuld zu bewahren und daß dieselbe Gesellschaft, die den Verurteilten in die Schuld hineinverwirrt hat, sich dann anmaßt, über das Leben dieses Schuldigen zu urteilen. Bei der namentlichen Abstimmung fehlten manche Frauen der nichtsozialistischen Parteien. Die übrigen stimmten alle gegen die Abschaffung der Todesstrafe, nur Frau Drumbold vom Zentrum stimmte dafür und damit gegen ihre Partei. Diese Stellungnahme der bürgerlichen Frauen ist bezeichnend.

Genossin Köhl begründete den Antrag der Sozialdemokratischen Partei zu der Frage der Ehe und Nutterschaft. Sie wollte, daß auf diesem Gebiete die Sprache der Menschlichkeit ertöne und daß das Unrecht gegenüber den unehelichen unehelichen Kindern aus der Welt geschafft wird, damit aber auch das Unrecht gegen den weiblichen Menschen. Unser Antrag ging nicht durch, dagegen der der Demokraten, die nur die Ehe unter dem Schutz der Verfassung stellt, dagegen der Mutterschaft Schutz und Fürsorge des Staates sichert. Wichtig ist zweifelloß auch, daß die Forderung in die Verfassung gekommen ist: „Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entfaltung zu schaffen wie den ehelichen Kindern“.

Zu Artikel 122: „Die Jugend ist gegen Ausbeutung sowie gegen sittliche, geistige und körperliche Verwahrlosung zu schützen. Staat und Gemeinden haben die erforderlichen Einrichtungen zu treffen. Fürsorge-maßregeln im Wege des Zwanges können nur auf Grund des Gesetzes angeordnet werden.“ sprach Genossin Hülf. Sie wünschte, im zweiten Absatz das Wort „dürfen“ an Stelle des „können“ zu setzen, letzter die Umschreibung des Satzes: „Die Verlegung der Fürsorgeanstalten und die Erziehungsarbeit in diesen Anstalten ist nur erzwungenermaßen Verboten zu übertragen.“ Sie meinte auf die vielen Fälle hin, in denen gänzlich ungeeignete Personen Erzieher in Fürsorgeanstalten waren und oft das Gegenteil des angestrebten Erziehungs-zweckes erreichten. Sie forderte ferner, daß wegen politischer oder religiöser Ueberezeugung und Betätigung der Erziehungsberufenen oder der Jugendlichen eine Fürsorge-maßregel nicht angeordnet werden darf. Ihre Forderungen gingen nicht durch, auch nicht die, daß alle privaten und konfessionellen Jugendfürsorgeanstalten verschwinden müssen.

Genossin Hülf begründete den Antrag, daß alle Ausnahmestellungen gegen weibliche Beamte verschwinden müssen. Sie sprach vor allem von den Richterinnen, denen sie das Recht der Verdretung geben

